

Reformen ohne Verstand – Gefahren für unsere Demokratie

Von Ralf Kusterer, Erster stellvertretender Bundesvorsitzender

Seit Wochen dominieren in der Bundespolitik die Diskussionen um notwendige Veränderungen. Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass die finanziellen Herausforderungen nur durch Einschnitte für die Bevölkerung lösbar sind.

Nicht nur für den Normalbürger sind die politischen Entscheidungen und Diskussionen schwer nachvollziehbar. Während auf der einen Seite über mangelnde Finanzen und eine nicht zu bewältigende Finanzlast gesprochen wird, scheinen auf der anderen Seite – scheinbar grenzenlos – Haushaltsmittel in kaum vorstellbarer Größenordnung verfügbar. Auch deshalb ist die Mehrzahl der Bevölkerung nicht bereit, Kürzungen und Verschlechterungen hinzunehmen. Auch wir nicht.

Offensichtlich scheinen die politischen Akteure ihren Wählerauftrag beziehungsweise gesellschaftlichen Auftrag nicht verstanden zu haben. Die Bürgerinnen und Bürger, dazu gehören auch unsere Mitglieder, erwarten kluge Lösungen, die nicht dem einzelnen rechtschaffenen Bürger Kürzungen und Verschlechterungen zumuten. Das gilt insbesondere für die plumpen wie nachgewiesenen falschen Reflexe mit den Diskussionen um das Berufsbeamtentum und die unterschiedlichen Sozialsysteme. Was bleibt, sind Hass und Hetze sowie zumindest das Hinnehmen einer Neiddebatte, die höchstens von eigener Unfähigkeit und Ideenlosigkeit ablenkt.

Auch deshalb stemmen sich die DPoIG und der Beamtenbund mit aller Kraft (und hohen finanziellen Aufwendungen) gegen Einschnitte und Verschlechterungen, aber setzen sich ein für ein System, das die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes nach den Erfahrungen aus der Geschichte ganz bewusst so eingeführt hatten. Auf der gewerkschaftspolitischen Ebene stehen wir weitgehend alleine da. Ein guter Grund dafür, dass unsere Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht Mitglied in der DPoIG oder einer anderen Fachgewerkschaft im dbb sind, ihren Standort prüfen sollten.

Man braucht wenig Fantasie, um die politische Entwicklung abzulesen. Nachdem die SPD in vielen Ländern um die 5-Prozent-Hürde kämpft und Gefahr läuft, als „Volkspartei“ ganz von der Bildfläche zu verschwinden, bewegt sich die CDU auf einem gefährlichen Abwärtstrend. Aber was erwarten denn die politisch Verantwortlichen von Rentnern, die ihr Leben nicht gestalten können? Was erwarten die Regierenden von Menschen, die selbst in dringenden Fällen keinen Arzttermin bekommen und mit lebensgefährlichen Erkrankungen monatelang auf einen OP-Termin warten? Was erwarten die gewählten Volksvertreter von Familien, die die Heimunterbringung lieber Angehöriger finanziell nicht stemmen können? Was erwartet man in Berlin, wenn die Abgabenlast für Tarifbeschäftigte ständig steigt und Beamte trotz Rechtsprechung keine amtsangemessene Besoldung erhalten?



Treibt eine solche Politik nicht förmlich die Wählerinnen und Wähler an die Ränder des politischen Systems? Nicht weil man von dort bei realistischer Einschätzung etwas Besseres erwarten könnte, sondern weil man sich verraten und verkauft fühlt. Ein Leben lang gearbeitet und geschuftet und dann? Täglich den Kopf für die innere Sicherheit und die politischen Entscheidungen hinhalten und dann?

Es wird Zeit, dass die Politik die Realitäten wahrnimmt. Damit beginnt, kassenfremde Leistungen außerhalb des jeweiligen Systems zu finanzieren. Endlich Sozialmissbrauch und den Betrug an den Bürgerinnen und Bürgern zu bekämpfen. Und endlich der Rechtsprechung folgend Beamte und Versorgungsempfänger rechtskonform zu bezahlen. Ohne Taschenspielertricks.

Deutschland ist früh aus der WM ausgeschieden, aber ganz nach Herbert Grönemeyers WM-Song aus dem Jahr 2006 wird es „Zeit, dass sich was dreht“.